

STELLUNGNAHME

von Susanne Wingertszahn, DGB-Jugend Rheinland-Pfalz

zur

Anhörung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“

am 27. Januar 2012

Thema:

„Kinder- und Jugendbeteiligung / Mitbestimmung in der Schule“

GRUNDSÄTZLICHES

In den letzten Monaten konnte mitverfolgt werden, dass weltweit viele junge Menschen für ihre Interessen auf die Straße gehen und öffentlich machen, dass sie von sozialen Ungleichheiten betroffen sind. Sie haben die Wahrnehmung, dass Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Die junge Generation zeigt, dass sie nicht stellvertretend regiert werden will, sondern sich eine Beteiligungsdemokratie wünscht. Auch in Deutschland gehen seit einigen Jahren zunehmend mehr -vor allem junge Menschen-, auf die Straßen, um Alternativen zu politischen Entscheidungen aufzuzeigen und zu diskutieren. Als Beispiele seien Stuttgart 21 und die Anti-Atom-Bewegung genannt.

Das Engagement und Interesse ist allerdings in engem Zusammenhang mit der Lebenssituation des Einzelnen zu sehen. Es gibt eine hohe Zahl an jungen Menschen, die sich von der Gesellschaft abgehängt empfinden und unzufrieden sind. Eine ganze Generation ist in weiten Teilen von unsicheren Zukunftsperspektiven bedroht. Ein Beispiel hierfür sind prekäre Beschäftigungsformen, die sich überwiegend bei jungen Menschen finden. Der DGB-Index Gute Arbeit (Sonderauswertung junge Beschäftigte, Oktober 2009) legt offen, dass mehr als die Hälfte (54%) der Erwerbstätigen unter 25 Jahren in befristeten Arbeitsverhältnissen, in Leiharbeit, Minijob oder mit Niedriglöhnen beschäftigt sind. Der Anteil der jungen Erwachsenen (20-29 Jahre) ohne abgeschlossene Berufsausbildung lag in Rheinland-Pfalz 2010 mit 20% bundesweit auf einem erschreckend hohen Spitzenplatz mit Rang 4 (Expertise von Prof. Dr. Klaus Klemm, DGB 2011). Viele Jugendliche sehen für sich keine Perspektiven. Das deckt sich auch mit der Erfahrung, die die DGB-Jugend bei den Berufsschultouren macht. So benennen viele Berufsschüler_innen Hartz IV als ihre persönliche Lebensperspektive. Gerade im sogenannten bildungsfernen Milieu wird die Zukunftsangst zur realen Perspektivlosigkeit. Die Integration in den Arbeitsmarkt kann jedoch als zentrale gesellschaftliche Teilhabemöglichkeit gesehen werden.

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen und vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird politisches Engagement für die junge Generation immer wichtiger. Die DGB-Jugend Rheinland-Pfalz begrüßt daher die Anhörung der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ und bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Mit Informationen, Einschätzungen und Praxisbeispielen wollen wir gerne zu Lösungsfindungen in der Debatte um Jugendbeteiligung beitragen.

1. WELCHE GEGEBENHEITEN MÜSSEN ERFÜLLT SEIN, UM EINE NACHHALTIGE AKTIVIERUNG DER JUGENDLICHEN IN POLITISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN FRAGEN ZU ERREICHEN?

Die Jugend ist nicht unpolitisch und passiv. Es sind überwiegend junge Menschen, die sich an Bildungsstreiks, Anti-Atom-Demos, Naziblockaden, der Occupybewegung und gewerkschaftliche Protestaktionen beteiligen. Die Shellstudie und die Befragung des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz im Rahmen des Projektes *dorf.test* (www.dorf-test.de) stellen klar: ein Großteil der Jugendlichen ist politisch interessiert und auf unterschiedliche Weise engagiert. Es zeigt sich, dass eine gewisse Resignation gegenüber den etablierten Beteiligungsformen besteht, die jedoch nicht als Desinteresse gedeutet werden sollten.

Folgende Gegebenheiten müssen erfüllt sein, um Jugendliche intensiver für gesellschaftliche und politische Fragen zu aktivieren:

- **Bildung** ist die elementare Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und für Engagement. Festzustellen ist aber, dass Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten durch **Armut** erschwert werden. In kaum einem OECD-Land ist der Zusammenhang von nicht ausreichender Bildung und sozialer Herkunft so gravierend, wie in Deutschland (PISA 2009). Von Armut sind auch in Rheinland-Pfalz in besonderem Maße Kinder und Jugendliche betroffen. Der aktuelle Armutsbericht der Landesregierung stellt fest: Über 18% aller Minderjährigen sind von Armut bedroht. Für ältere Jugendliche zwischen 18 und 25 liegt das Armutsrisiko mit 20,5 % noch höher. Eine wirkungsvolle Partizipation von Jugendlichen funktioniert aber nur über eine armutsfeste soziale Absicherung. Dazu braucht es ein Bildungswesen, das nicht sozial ausgrenzt, Benachteiligungen ausgleicht und Jugendliche gut qualifiziert.
- Jugendliche brauchen **Freiräume** und selbstbestimmte Zeit, um politische und gesellschaftliche Fragen zu diskutieren. Neben der Schule bedarf es einer Vielzahl von Bildungs- und Lernräumen. Hier bietet vor allen Dingen die Kinder- und Jugendhilfe ein eigenständiges Bildungskonzept, bei dem der Fokus auf den informellen Bildungsprozessen liegt. Freiwilliges Engagement in Jugendverbänden und anderen Initiativen bietet jungen Menschen wie kein anderer Bildungsbereich Bedingungen zum Erlernen sozialer Kompetenzen.
- Den **Parteien** muss zugetraut werden, dass sie glaubhaft auch die Interessen der jungen Generation vertreten und sich für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzen. Das kann nur durch transparente und plausible Entscheidungen und Entscheidungsfindungen realisiert werden. **Open Government** steht für die weitestgehende Öffnung staatlicher und bürokratischer Institutionen und ihrer Strukturen. Eine besondere Bedeutung haben dabei die Möglichkeiten neuer **interaktiver Technologien und Medien**

zur transparenten Organisation politischer Prozesse. Hier bieten sich Möglichkeiten das alte Sender-Empfänger-Prinzip aufzubrechen. Für viele junge Menschen sind diese Möglichkeiten bereits gelebte Kultur. Sie agieren in sozialen Netzwerken und nutzen neue Technologien, sind in der digitalen Welt sozialisiert. Jugendliche sind daran gewöhnt, unmittelbar auf Ereignisse zu reagieren und Informationen mit anderen zu teilen. Sie werden wenig Verständnis dafür haben, wenn Politik diese Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung zukünftig nicht nutzt.

2. WELCHE ENTWICKLUNG IST SEIT DER ENQUETE-KOMMISSION JUGEND UND POLITIK ERFOLGT, DIE EINE ERREICHUNG DER UNTER NUMMER 1 GENANNTEN ZIELE BEFÖRDERT ODER BEHINDERT HAT?

Im Regierungskoalitionsvertrag 2011 können insbesondere folgende Aspekte die unter Nummer 1 genannten Ziele befördern:

- Erhöhung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung für Auszubildende,
- Abschaffung von Studiengebühren,
- Förderung der Inklusion,
- Einrichtung weiterer integrierter Realschulen plus,
- Erhöhung der Förderung der sozialen Bildung und Erhöhung der finanziellen Ausstattung des Landesjugendrings,
- Einsetzen für die Anerkennung von freiwilligem Engagement der jungen Menschen bei der späteren Berufsausbildung und beim Studium,
- Absenkung des Wahlalters,
- Unterstützung der Präventionsarbeit gegen Rechts.

Die Perspektive für junge Menschen einen Ausbildungsplatz zu bekommen, verbessert sich aufgrund der demographischen Entwicklung. Zwar befinden sich noch immer tausende Jugendliche im sogenannten Übergangssystem, die Lücke zwischen gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen und gemeldeten Bewerber_innen für Berufsausbildungsstellen ist deutlich zurückgegangen.

Leider sind die Einsparungen durch die Schuldenbremse bereits sichtbar. Das behindert die Umsetzung der unter Nummer 1 genannten Ziele. Im Bereich der politischen Bildung und der Schulung Ehrenamtlicher kommt es laut Haushaltsplan 2012/2013 zu erheblichen Kürzungen.

Neben der kurzen Auflistung der positiven und negativen Einflüsse einer nachhaltigen Aktivierung der Jugendlichen für Politik und Gesellschaft bleibt eine zentrale Frage aus der Arbeit der letzten Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ weiter bestehen. Diese Frage hat der Landesjugendring in seiner Broschüre „Mitreden Mitmischen Mitmachen“ (2007) formuliert: Ist es gelungen die Ergebnisse der Enquete-Kommission in das Bewusstsein aller Abgeordneten des Landtages zu tragen, oder haben nur diejenigen davon profitiert, die in der Kommission mitgearbeitet haben?

3. WELCHE MITTEL SIND GEEIGNET, EINE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE AKTIVIERUNG VON JUGENDLICHEN ZU FÖRDERN?

- Für eine politische und gesellschaftliche Aktivierung der jungen Generation ist es Voraussetzung, dass es für **alle** Jugendlichen zugängliche Möglichkeiten der Artikulation und Vertretung der eigenen Interessen und Meinungen gibt. Dabei spielen Parteien, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Initiativen der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Sie müssen sich für junge Mitglieder weiter öffnen und ihre Angebote für junge Menschen attraktiv gestalten. Neben den strukturellen Beteiligungsmöglichkeiten muss auch spontane oder themenbezogene Partizipation ermöglicht werden, dazu gehören: Petitionen und Anhörungen aber auch Demonstrationen und Bürgerbewegungen.
- Eine Zivilgesellschaft funktioniert, wenn die Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten attraktiv sind und zum Mitmachen motivieren. Die Möglichkeiten müssen dabei für den Einzelnen relevant und wirkungsvoll sein und von allen Beteiligten, vor allen Dingen den Entscheidungsträger_innen, ernsthaft gewollt sein. Dazu gehört es, dass die Entscheidungsprozesse transparent sind und Jugendliche ihre Mitwirkungsmöglichkeiten kennen.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen als legitime Interessensvertretungen wahrgenommen werden. Sie dürfen keine Abwertung durch eine Gleichsetzung mit dem Lobbyismus kommerzieller Unternehmen erfahren. An der Stelle ist ein Dialog auf Augenhöhe, vor allen Dingen mit den Jugendinitiativen, -organisationen und Jugendverbänden notwendig. Das bedeutet, dass Politiker_innen die Arbeit und das Engagement von Jugendlichen und deren Strukturen ernst nehmen und wertschätzen.
- In allen Lebensbereichen muss Beteiligung das grundsätzliche Prinzip sein. Dazu gehören insbesondere Schule, Arbeitswelt, Kommune und Jugendhilfe. Die dazu bestehenden Strukturen und Prozesse, wie betriebliche Mitbestimmung, Schüler_innenvertretung, kommunale Mitbestimmung müssen gesichert und ausgebaut werden. Die Politik muss

ein ehrliches Interesse daran haben, dass sich Zivilgesellschaft mit aller Kraft in die Entscheidungs- und Willensbildung mit einbringt.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen und Interessenvertretungen dürfen in ihrer Existenz und Arbeit nicht von der Konjunkturlage abhängig sein. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass sie gezielt gefördert und unterstützt werden. Damit sich möglichst viele junge Menschen in der Gesellschaft engagieren, braucht es verlässliche Strukturen und hauptamtliches Personal.
- Eine starke Zivilgesellschaft ist davon gekennzeichnet, dass es keine Abwertung von Menschen aufgrund ethnischer, kultureller und religiöser Merkmale, der sexuellen Orientierung, des Geschlechtes, einer körperlichen Einschränkung oder sozialen Gründen gibt. Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer hat in der zehnjährigen Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ seit 2002 die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen untersucht. Ein Ergebnis ist, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen, Behinderten in Deutschland verstärkt zu beobachten ist. Menschenverachtendes Denken ist auch ein Problem in der Mitte der Gesellschaft. Rechtes Denken bedeutet eine Gefahr für die Demokratie und das Zusammenleben in Vielfalt. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus braucht vor allem zivilgesellschaftliche Kräfte, wie Initiativen, Projekte und Organisationen, die sich den Neonazis tagtäglich widersetzen und ihre Opfer beraten.
- Wenn junge Menschen von der Nutzung formal organisierter Beteiligung abgehalten werden, dann müssen diese Regelungen auf den Prüfstand. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben sich am repräsentativen System zu beteiligen. Deshalb ist es notwendig das Wahlalter abzusenken. Zusätzlich brauchen wir für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Einwohnerinnen und Einwohner ein kommunales Wahlrecht.
- Politische Entscheidungen und Hintergrundinformationen zur Auseinandersetzung mit diesen müssen transparent gestaltet, einfach und rechtzeitig zugänglich sein. Hier spielt die Nutzung der neuen Medien und Technologien eine zentrale Rolle. Neue Formen digitaler Informationsweitergabe bieten die Möglichkeit sich an Entscheidungsfindungen zu beteiligen.

4. IST VON EINER WAHLALTERSENKUNG EINE AKTIVIERUNG VON JUGENDLICHEN ZU ERWARTEN?

Die Debatte um eine Senkung des Wahlalters wird bundesweit breit geführt. In fünf Bundesländern gibt es bereits ein Wahlalter 16. Die überwiegende Mehrheit der Jugendorganisationen und Jugendverbände fordern eine Wahlaltersenkung auf mindestens 16 Jahre.

Die Erfahrungen in der Bildungsarbeit der Gewerkschaftsjugend zeigen, dass sich Jugendliche sehr interessiert mit Wahlen und Demokratie auseinandersetzen. Aktuell besteht vor allen Dingen im Zusammenhang mit der arabischen Revolution und den europäischen Protesten eine breite Diskussion über die Wichtigkeit von Wahlen, Demokratie und die Bedeutung der Jugend in diesem Zusammenhang. In der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist festzustellen, dass sich viele junge Arbeitnehmer_innen -dazu gehören auch viele Minderjährige- intensiv und aktiv mit den Auswirkungen der Finanzkrise, mit politischen Entscheidungen und damit, was das mit ihrem konkreten Arbeitsleben zu tun hat, auseinandersetzen.

Jugendliche übernehmen in Ausbildung, Schule und Beruf Verantwortung für ihr eigenes Leben. Beispielhaft sind hier die jungen Arbeitnehmer_innen unter 18 Jahre benannt, die sich in der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) engagieren und verantwortungsvoll dafür sorgen, dass Ausbildungsbedingungen stimmen. Hier gestalten sie betriebliche Rahmenbedingungen für junge Beschäftigte, die Gestaltung gesellschaftliche Rahmenbedingungen durch ein Wahlrecht bleibt ihnen allerdings bis zur Volljährigkeit verwehrt.

In der Befragung von 3.600 Jugendlichen in Rheinland-Pfalz (www.dorf-test.de) durch den Landesjugendring Rheinland-Pfalz hat sich herausgestellt, dass das Thema Beteiligung für junge Menschen in Rheinland-Pfalz eine sehr große Rolle spielt. Die übergroße Mehrzahl ist bereit, selber für Verbesserungen aktiv zu werden. Demgegenüber werden die vor Ort bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten überwiegend negativ bewertet. Leichte Unterschiede zeigen sich, wenn nach Aktivität in Vereinen/Verbänden differenziert wird: je stärker das Engagement, desto positiver werden die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten bewertet. Bezogen auf das Alter zeigen sich starke Unterschiede. Je jünger die Jugendlichen sind, umso mehr wünschen sie sich eine Absenkung des Wahlalters. Ein Fazit, das aus der Befragung gezogen werden kann ist, dass junge Menschen das Verantwortungsbewusstsein haben, an Wahlen teilzunehmen, sie setzen sich damit auseinander. Um Ängste und Befürchtungen von Jugendlichen abzubauen ist es notwendig, dass das Wählen von Jugendlichen begleitet und erlernt wird. Das kann z.B. durch Schule und außerschulische Bildungs- und Jugendarbeit geschehen.

Die Bevölkerung altert und damit werden die Einflussmöglichkeiten der jungen Generation geringer. Das Wahlalter 16 fördert die Bereitschaft von Parteien, sich auf junge Wählergruppen einzulassen. Dazu gehört dann auch, dass Politikerinnen und Politiker in der Lage sein müssen, ihre Inhalte in einer für Jugendliche verständlichen Sprache zu formulieren. Vielleicht erleichtert ein Wahlalter 16 die Beantwortung der Frage des Landesjugendrings nach dem Bericht der letzten Enquete-Kommission „Jugend & Politik“: Es ist gelungen die Ergebnisse der Enquete-Kommission in das Bewusstsein aller Abgeordneten des Landtages zu tragen.

Mainz, 13. Januar 2012



Susanne Wingertzahn
Bezirksjugendsekretärin,
DGB-Jugend Rheinland-Pfalz